



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

30. Sitzung (öffentlich)

14. Februar 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:45 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3773
Ausschussprotokoll 17/476
Vorlage 17/1717

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/3773, mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Grünen zu.

2 Drohenden Ausbaustopp verhindern – Kommunen bei der Schaffung von Kita-Plätzen nicht im Regen stehen lassen **6**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3810
Stellungnahmen 17/993/1003/1010/1015/1019/1021/1025/1026/1027

Die SPD-Fraktion zieht Ihren Antrag, Drucksache 17/3810, zurück.

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes **7**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4303

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/4303, mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und der Grünen bei Enthaltung der AfD zu.

4 NRW fordert zusätzliche Maßnahmen zur Tabakprävention und den Passivraucherschutz von minderjährigen Kindern in Autos **8**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2555
Ausschussprotokoll 17/387

Der Ausschuss kommt auf Bitte der FDP-Fraktion einvernehmlich überein, die Beratung des Antrags der SPD, Drucksache 17/2555, aufgrund noch laufender interfraktioneller Abstimmungen zu verschieben.

5 Die Adipositas-Prävalenz steigt – NRW muss die Schulen stärker unterstützen! **9**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/2761
Ausschussprotokoll 17/471

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 17/2761, mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und der Grünen gegen die Stimme der AfD ab.

6 Neustrukturierung der Schulsozialarbeit in NRW 10

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3013
Ausschussprotokoll 17/449

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/3013, mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der SPD und der Grünen ab.

7 Jugendkriminalität weiter effektiv bekämpfen 13

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4442

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5095

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich pflichtig an der Anhörung des federführenden Rechtsausschusses zu beteiligen.

8 Häuslicher Gewalt entschieden entgegentreten – Unterstützung der Frauenhäuser in NRW stärken 14

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4463

Der Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 17/4463, wird nicht behandelt, da im federführenden Ausschuss bereits eine Abstimmung erfolgt ist.

9 Landesregierung muss einen Zukunftsplan für die Ganztagschule vorlegen 15

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4456

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich pflichtig an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Schule und Bildung zu beteiligen.

10 Für eine menschenwürdige und integrative Unterbringung: Kommunen stärken – keine Kasernierung von Geflüchteten 16

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3793
Ausschussprotokoll 17/493

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/3793, mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der SPD und der Grünen ab.

11 Assistierte Reproduktion bei Frauenpaaren 21

Bericht der Landesregierung
Vorlagen 17/1358/1718

12 „Ene, meine, muh – und raus bist Du! Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik“ Broschüre der Antonio Amadeo Stiftung 22

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1579

13 Konsequenzen nach den schweren Missbrauchsfällen in Lüdge 24

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1719

14 Verschiedenes 32

Aus der Diskussion

1 **Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3773
Ausschussprotokoll 17/476
Vorlage 17/1717

Dr. Dennis Maelzer (SPD) legt dar, das Übergangsgesetz werde notwendig, weil die Landesregierung für die Revision des KiBiz mehr Zeit benötige als ursprünglich veranschlagt worden sei und andere Landesgesetze nun ausliefen.

Das Übergangsgesetz sei notwendig, handwerklich jedoch schlecht gemacht; da es Bundesmittel aus dem Gute-Kita-Gesetz einplane. Das Gute-Kita-Gesetz habe eine Qualitätsverbesserung in den Einrichtungen zum Ziel. Von einer Qualitätsverbesserung könne in diesem Fall jedoch nicht gesprochen werden.

Sinnvoll sei es, die Bundesmittel für sinnvolle Weichenstellungen zu nutzen und beispielsweise in zusätzliche Ausbildung zu investieren. Der Fachkräftemangel werde eines der beherrschenden Themen der Zukunft sein. Je früher dieser Entwicklung durch mehr Ausbildungsanreize entgegengewirkt werde, umso besser könne die Versorgung mit Erzieherinnen und Erziehern in der Zukunft gewährleistet werden. Dazu trage der vorliegende Gesetzentwurf leider nicht bei.

Auch zu einer gezielten Entlastung von Familien in Nordrhein-Westfalen komme es nicht, obwohl die SPD im Rahmen des Haushaltsverfahrens entsprechende Anträge gestellt habe.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/3773, mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Grünen zu.

